

Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt (DIE LINKE/Rosa-Luxemburg Foundation): How stable and flexible is the German party system in times of crises? The 2011 Landtagswahlen¹

Annual Conference of the International Association for the Study of German Politics (IASGP)
London 16 – 17 May 2011

Der Wandel des deutschen Parteiensystems in den letzten Jahren ist gut beschrieben:

Erstens: Mit dem Wahlerfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 hat sich das deutsche Parteiensystem zum 5 – Parteiensystem entwickelt (Probst 2010, Niedermayer et al. 2008, Niedermayer 2011). Eine offene Frage war damals, ob die Fusion von Linkspartei und WASG im Sommer 2007 gelingen würde. Diese Frage ist heute positiv beantwortet, die neue Partei DIE LINKE ist heute viertgrößte Fraktion im Deutschen Bundestag und sie ist in 13 Landtagen vertreten.

Zweitens: Das deutsche Parteiensystem ist durch das Hinzukommen einer 5. Partei beweglicher und flexibler geworden. Der Grund dafür ist die offene Wettbewerbssituation zwischen den beiden großen Parteien einerseits, den drei kleineren Parteien andererseits. Oskar Niedermayer charakterisiert das deutsche Parteiensystem darum als ein "Fluides Parteiensystem" (Niedermayer 2006).

Drittens: Das deutsche Parteiensystem differenziert sich weiter aus. Als sogenannte kleine Parteien (Morlok 2005) behaupten sich die Piratenpartei, die Freien Wähler und auch die rechtsextreme NPD bei Landtagswahlen und erreichen regional und lokal bemerkenswerte Ergebnisse.

Viertens: Zahlreiche Indikatoren wie Mitgliederzahlen, Parteiidentifikation und Parteibindung, die Zahl der Wähler, die die großen Parteien SPD und CDU binden können, (...) zeigen den Niedergang der Volksparteien. Franz Walter hat das den „Herbst der Volksparteien“ genannt (Walter 2009). Etwas deutscher, *wagnerian*, beschreibt der Publizist Christoph Seils diese Entwicklung in seinem gleichnamigen Buch als "Parteiendämmerung" (Seils 2010).

Fünftens: Trotz eines immer wieder diagnostizierten Bedeutungsverlustes (*loss of importance*) der Volksparteien in Deutschland wird allgemein vom Fortbestand der deutschen Parteien als Mitgliederparteien ausgegangen (Wiesendahl 2006).

Gut beschrieben sind in der Forschung die Konsequenzen des Wandels des deutschen Parteiensystems für die Regierungsbildung und für das Wählerverhalten.

Für die **Regierungsbildung** ergeben sich mehr Optionen und die Wahrscheinlichkeit traditioneller Koalitionen zwischen Groß- und Kleinpartei wird geringer. Bisher hat es keine Realisation von Dreierkoalitionen außer in Hamburg (2001 – 2003) und aktuell im Saarland gegeben. Aber es gibt, wie Oskar Niedermayer es prognostiziert hat, mehr Große Koalitionen, zwei gescheiterte und einen gelungenen Versuch einer Minderheitsregierung und vermehrte Diskussionen um und tatsächliche Wahlrechtsänderungen.

Für das **Wählerverhalten** sind ebenfalls Veränderungen festzustellen. Die Nichtwähler bilden die stärkste Partei, die Zahl der sogenannten Spätdentscheider steigt an und es gibt sehr viele Wechselwähler (Korte 2010, Faas 2011).

Umstritten ist in der deutschen Parteienforschung die Tiefe des Wandels des Parteiensystems. Niedermayer sieht im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009 einen Typwandel vom Typus der Zweiparteiendominanz zum Typus des pluralistischen Systems (Niedermayer 2009).

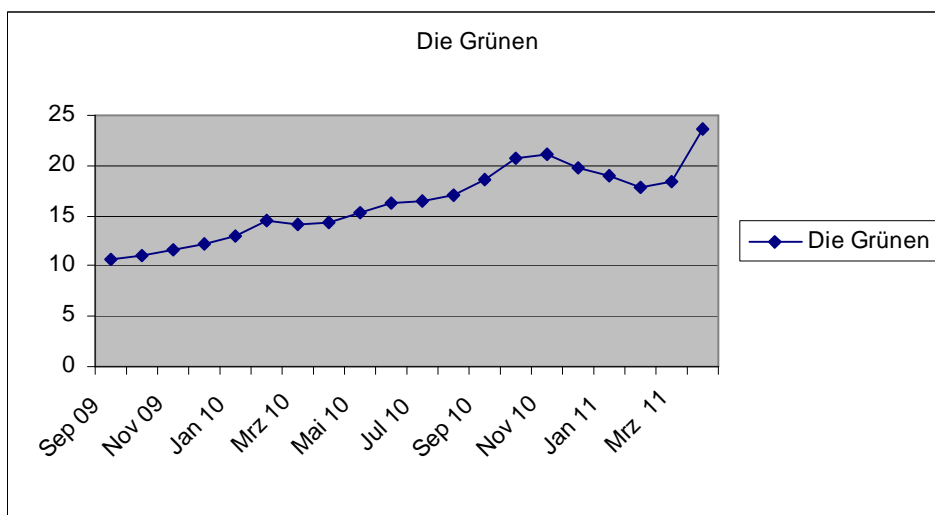
¹ Deutsche Übersetzung, im Orig. engl.

Lothar Probst sieht dagegen nur einen partiellen Wandel und schließt einen generellen Wandel oder einen Typwechsel aktuell aus (Probst 2010). Das ist natürlich abhängig davon, welchem Modell von *party system change* man folgt. Wir beziehen uns im folgenden auf Herbert Kitschelt's Konzept des Wandels, das an der Relevanz des Cleavage-Konzepts festhält (Kitschelt 1997).

Kommen wir noch einmal zurück auf Oskar Niedermayers These vom fluiden 5 – Parteiensystem. Erstens: Niedermayer behauptet, dass es keine strukturelle Asymmetrie zwischen SPD und Union gibt, sondern nur subjektive Schwäche der SPD, ihr sogenanntes Glaubwürdigkeitsproblem. Wir werden zeigen, dass diese Asymmetrie (aktuell 1/3 Wählerstimmen auf der Seite der Union, 1/4 auf der Seite der SPD) andere Gründe hat. Zweitens: Gibt es tatsächlich, wie Niedermayer behauptet, eine Wettbewerbsgleichheit der drei kleineren Parteien? Wir werden zeigen, dass der Wettbewerbsvorteil der Grünen dieselben Gründe hat wie die Asymmetrie zwischen den beiden großen Parteien.

Natürlich gibt es Grund für Vorsicht: Wir befinden uns heute, 2011, auf nationaler Ebene in der Mitte der Legislaturperiode, da sind deutliche Schwankungen bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ normal. Die Politiker pflegen zu sagen: Umfragen sind keine Wahlergebnisse. Aber wir wagen die These, dass Status und Aufschwung, Entwicklung der Grünen das Schlüsselproblem ist, um Wandel und Stabilität des deutschen Parteiensystems heute zu verstehen.

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gab es zwei konkurrierende Thesen über den Erfolg der Grünen. Erstens: Die Atomkatastrophe von Fukushima hat alle andern Themen dominiert. Und zweitens, von den Grünen selbst: Das exzellente Wahlergebnis resultiert aus 30jähriger Arbeit der Grünen. In einem politischen Sinne sind beide Thesen wahr. Die Atomkatastrophe hat die Einstellungen und Ängste der Bevölkerung dramatisch beeinflusst. Und die Grünen haben seit Jahren auf ökologischen und Lebensweisen prägenden Politikfeldern Kompetenz und kulturelles Kapital angehäuft, ihr Aufschwung begann vor der Krise.²



² Durchschnittswerte Sonntagsfrage verschiedener Umfrageinstitute

Analytisch ist es interessant, die beiden für Westeuropa bestimmenden Konfliktlinien (*cleavages*) zu betrachten. Sie haben sich, das ist unsere These, im Kontext der globalen Wirtschafts- und Umweltkrise in Deutschland verändert.

Bereits 1997 hat Herbert Kitschelt beschrieben, dass der Parteienwettbewerb nicht nur entlang der Konfliktlinie „wohlfahrtsstaatliche Umverteilung versus Marktfreiheit“, sondern auch entlang eines neuen Konflikts zwischen libertären und autoritären Rezepten ausgetragen wird (Kitschelt 1997).³ Als Grund für die Herausbildung dieser Konfliktlinie wird der Wandel der klassischen Industriegesellschaft zur globalisierten postindustriellen Gesellschaft gesehen, deren „zentrales Kennzeichen in der gleichzeitigen Zunahme von Chancen und Risiken besteht“. (Niedermayer 2006).

Man kann sagen, dass vor der Wirtschaftskrise in Deutschland einerseits die Chancen der globalisierten Gesellschaften dominierten und andererseits sich mit der Agenda 2010 der Sozialstaatskonflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit in Deutschland zuspitzte und bestimmend war. 2005 – 2009 brachte dieser Konflikt, durch Politik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder die neue Partei DIE LINKE hervor. Und mit der LINKEN wandelte sich endgültig das deutsche Parteiensystem zum 5 – Parteiensystem. Seit 2009 rückte infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Sozialstaatskonflikt in den Hintergrund und zugleich gewann der Konflikt libertär – autoritär an Gewicht. 2011. Gerade für die süddeutschen Landtagswahlen wurde dieser Konflikt durch das Ausbrechen der globalen Umweltkrise, die Katastrophe von Fukushima, bestimmend.

In der Theorie Herbert Kitschelts haben wir es also im ersten Falle mit einem *Level II change*, im zweiten mit einem *Level III change* zu tun.⁴

Schauen wir uns die Krisen genauer an.⁵

Wir haben es weltweit mit drei Krisen zu tun: Erstens mit einer Finanz- und Wirtschaftskrise, zweitens mit einer Umwelt- und Energiekrise und drittens mit einer Sicherheitskrise (Terrorismus, Flüchtlingsströme etc.). Diese Krisen sind hochkomplexer Natur und ihre Auswirkungen sind von Land zu Land verschieden.⁶

Das Krisenmanagement in Deutschland, daran waren Wirtschaft und Finanzwelt, Regierung, Gewerkschaften beteiligt, hat verhindert, dass eine vierte Krise, eine soziale Krise, hinzukam.

Wie positionierten sich die Parteien zu diesen Krisen? Die Union entwickelte eine streng chauvinistische, paternalistische (d.h. autoritäre) und exportorientierte Wirtschaftsstrategie und verband diese mit einer verstärkten Antiterror – Sicherheitspolitik (Pätzolt 2011).

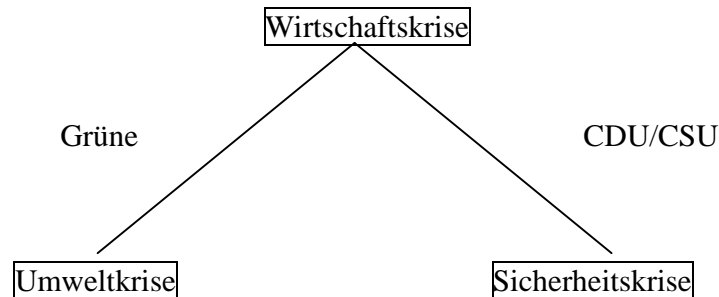
Die Grünen entwickelten ihren „Green New Deal“, der Wirtschaftspolitik und Energiewende verband (Weichold 2011).

³ Niedermayer spricht 2003 von grün-libertären versus ethnozentrisch-autoritären Politiken. Das ist unseres Erachtens bedeutsam, weil wir aktuell etwas beobachten, was Jürgen Habermas vor einigen Wochen als „Wiederentdeckung des Nationalstaats“ in der deutschen Politik beschrieben hat. (Habermas 2011).

⁴ Zur Erinnerung: *Level I change* bedeutet Anpassung der Parteien an veränderte Bedürfnisse der Wähler, ohne dass sich Konfliktlinien und Konstellationen ändern; *Level II change* bedeutet: neue Parteien treten in die Arena, weil die Etablierten (Parteien) Bedürfnisse im Elektorat ignorieren. *Level III change* bedeutet die Veränderung der Konfliktlinien und Problemhaushalte (Stöss et al. 2006).

⁵ Dies ist eher eine politische Analyse denn ein politikwissenschaftlicher Zugang!

⁶ Diese Idee der drei Krisen übernehmen wir aus einer Diskussion mit Prof. Barbara Epstein (University of California, Santa Cruz) in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, 2010.

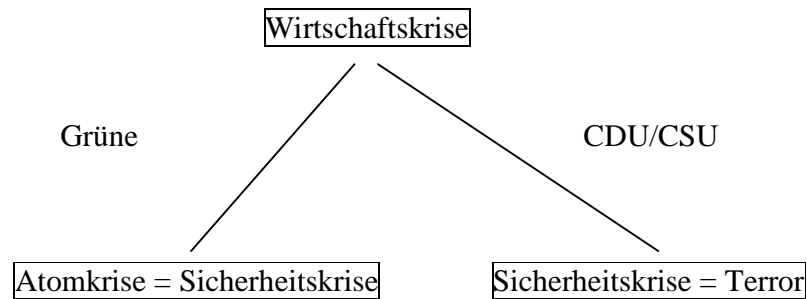


Wodurch aber gewann die Konfliktlinie grün-libertär versus ethnozentrisch-autoritär so stark an Bedeutung? Erstens haben wir es in Krisenzeiten mit enorm hohen Angstpegeln und viel Stress in der Bevölkerung zu tun. Das bedeutet, dass auf der **Nachfrageseite** Politikangebote gefragt waren, die angst- und stressreduzierend wirkten. Politiker und Parteien können in Krisen Gefolgschaft bilden. Angst kann einerseits konservativ und apathisch machen, das wissen wir aus der Angstforschung und aus Studien zur autoritären Persönlichkeit. Andererseits gibt es nicht nur autoritäre Reaktionsmuster, sondern auch diskursive, mobilisierende, partizipative Muster. In den deutschen sozialen Milieus sind unterschiedliche Copingstile und –strategien gelernt worden: Diskursiv, kollektiv, aktiv versus passiv, delegierend, autoritär.⁷ Während die Union also auf der **Angebotsseite** durch ihr chauvinistisch-autoritäres Politikangebot über 1/3 der Wählerschaft überzeugen konnte steigerten die Grünen ihre Werte von 10% (BTW 2009) auf heute 1/5 der Wählerschaft (Grafik LTW - Zahlen).

Ein wichtiger Grund für den Aufstieg der Grünen 2010 waren zweitens Probleme mit Verkehrsinfrastruktur (Berliner S-Bahn, S21, Flughafenprojekte, Brücken, Autobahn- und ICE-Trassen), mit weiteren Prestige- und Großprojekten bundesweit, mit dem Energiekartell (Atomdeal, Castortransporte). Alle diese Probleme bekamen überregionale, ja nationale Bedeutung und mobilisierten viele Menschen. Diese teilweise zu Massenprotesten anwachsende Proteste entsprachen klar dem grün-libertären Politikstil der Grünen, gleiches gilt für die Sozial- und Altersstruktur der Demonstranten: über 40 Prozent waren Angestellte oder Beamte, knapp 30 Prozent sind im öffentlichen Dienst tätig. (Rucht u.a. 2011).

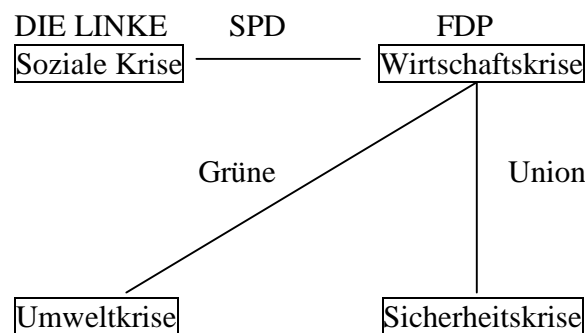
Drittens: Zu den Landtagswahlen kam es durch Fukushima zu einem Wechsel des Sicherheitsthemas vom Problem des Terrorismus, der inneren Sicherheit, hin zum Umweltproblem. Die Grünen konnten über ihr Milieu hinaus Wähler binden.

⁷ Michael Fester beschreibt in seinem Aufsatz 2010 Zwei einander gegenüber stehende gesellschaftspolitische Gruppierungen: Auf der einen Seite das Traditionell-Konservative Lager (ca. 14%), das Gemäßigt-Konservative Lager (ca. 18%) und das Enttäuscht-Autoritäre Lager (ca. 27%), auf der anderen Seite das Radikaldemokratische Lager (ca. 11%), das Sozialintegrative Lager (ca. 13%) und das Skeptisch-Distanzierte Lager (ca. 18%). Das ergibt eine klare konservative Mehrheit.



Viertens: Nachdem seit der Bundestagswahl 2009 SPD und Grüne wieder als Lager agierten kam es Ende des Jahres 2010 dazu, dass beide, Grüne und Union, den Konflikt zwischen sich zum zentralen parteipolitischen Konflikt erklärten. Sie sahen sich als die Hauptgegner und – Konkurrenten. Das war absolut neu.

Ein fünfter Grund betrifft die Situation der SPD und der LINKEN. Sie sind aktuell aus dem Spiel. Wäre es, wie Gewerkschaften und DIE LINKE erwartet hatten („Heißer Herbst 2010“), zu einer formidablen sozialen Krise in Deutschland gekommen, dann sähe die Lage anders aus:



Es wäre zu einer Renaissance des Sozialstaatskonfliktes gekommen, die Wahlausgänge wären gewiss andere gewesen.

Wie wird es mit den Grünen weitergehen? Die Frage ist natürlich zugleich die Frage danach, wie stabil der beschriebene *Level II change* sein wird. Geschichte ist bekanntlich offen. Wir wollen dennoch einige Vorhersagen wagen.

Erstens: Die Cleavage grün-libertär vs. ethnozentristisch-autoritär scheint gegenwärtig stabil für sich über längere Zeiträume abzeichnende Umbrüche in Wirtschaft, Politik und Lebensweise. So erfordert die sogenannte „Energiewende“ über den ökologischen Umbau der Wirtschaft hinaus auch den Umbau der Gesellschaft. Es handelt sich also nicht nur um einen ökonomischen Wettbewerb, den Kampf der verschiedenen Fraktionen des Kapitals um die Anteile an der Energiewende, um die wirtschaftliche Ausrichtung Deutschlands, sondern längst auch um einen politischen, einen Parteienwettbewerb um die Gestaltung von Gesellschaft, um gesellschaftliche Deutungsmacht und Lebensweise.

Zweitens wird es neue große Deals der von Unternehmen mit dem Staat geben, vergleichbar dem der Atomkonzerne mit dem Staat. Es wird um Milliardeninvestitionen gehen und um neue politisch-rechtliche Bedingungen für Energienetze, Energiespeicherung usw.. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die CDU/CSU dafür einen politischen Deal mit den Grünen schließen muss, der sich in einer grünschwarzen Koalition ausdrücken könnte.

Drittens: Das Potential der Grünen scheint uns aktuell zu gering, um die beiden großen Parteien CDU und SPD zu erreichen. Allerdings wird sich eine Partei, wenn sie so über Kernmilieus hinausgreift, auch verändern. Bereits Kitschelt hatte 2004 darauf verwiesen, dass nicht länger von einer natürlichen Affinität zwischen linker Ökonomie und libertären Werten bzw. rechter Politik und autoritären Werten auszugehen ist. Ökologie kann heute in Deutschland auch mit konservativen Wertorientierungen – siehe den Volksentscheid in Hamburg – verbunden sein. Ökologische Positionen und autoritäre Werte schließen sich nicht aus. Im Gegenteil, moderner Konservatismus stützt sich zunehmend auf ein ökologisch wertekonservatives Profil und wird in Anfängen ökonomisch bearbeitet.

Viertens: Die Soziale Frage wird neu bewertet werden, wenn die Kosten der Energiewende zu denen der Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu kommen werden, wenn die Schuldenbremse zum Abbau sozialstaatlicher Infrastrukturen und Leistungen zwingt.. Zu den alten Modernisierungsverlierern und Globalisierungsverlierern werden die Verlierer der Energiewende kommen. SPD und DIE LINKE könnten, wenn sie entsprechende politische Angebote machen, reussieren. Innerhalb der Grünen werden sich die Spannungen verstärken zwischen den fest abgesicherten „Statusmilieu(s) des avancierten Bildungsbürgertums“ und jenen, die die sozialen und psychischen oder finanziellen Folgen dieser Krisen zu bearbeiten haben.

Künftige gesellschaftliche Entwicklungen sind angesichts drohender Klima- und Umweltkrisen und drohender atomarer Krisen an ökologische Umwälzungen gebunden. Offen bleibt, ob es eine langfristig eine Verknüpfung von Umwelt- und Sicherheitskrise geben wird und wie sich diese zum Sozialstaatskonflikt verhalten und welche Potentiale sich entwickeln lassen, diese zu lösen.

Literatur

- Faas, Thorsten (2011): Dynamische Wähler, dynamische Wahlkämpfe: Der Fall Baden-Württemberg. Vortrag Grüne Akademie, HBS, April 2011, Berlin.
- Habermas, Jürgen (2011): Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, in: Süddeutsche Zeitung vom 07. 04. 2011.
- Pätzolt, Harald (2011): Für Gott, Bundespräsident und Vaterland! Kurzanalyse des Bundesparteitages der CDU vom 14. bis 16. November in Karlsruhe, in: Politische Berichte 12/2010
- Kitschelt, Herbert (1997): European Party Systems: Continuity and Change, in: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.): Political parties and Political Development. Princeton, S. 177 –200.
- Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (2010): Die Bundestagswahl 2009. Wiesbaden.
- Morlok, Martin (2005): Das BVerfG als Hüter des Parteienwettbewerbs. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, S. 157ff.
- Niedermayer, Oskar (2003): Parteiensystem, in: Jesse Eckard/Sturm, Roland (Hrsg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Opladen, S. 261 – 288.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.) (2006): Die Parteiensysteme

- Westeuropas. Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2008): DIE LINKE im fluiden Fünfparteiensystem. Vortrag, RLS, November 2008, Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2009): Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009 im internationalen Vergleich. Vortrag, APD, Tutzing, Dezember 2009.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2011): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden.
- Probst, Lothar (2010): Der Abstieg der Volksparteien und die neue Beweglichkeit im Fünfparteiensystem. In: Kommune 3/10, S. 8 – 11.
- Seils, Christoph (2010): Parteiendämmerung. Berlin.
- Stöss, Richard/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (2006): Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.)(2006): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, S. 7 – 40.
- Vester, Michael (2010): Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der Linken. Zur Diskussion am 30. 10. 2010. <http://politischeberichte.wordpress.com/2011/01/17/waehlerpotential-waehlerstruktur-und-wahlstrategie-der-linken/>
- Walter, Franz (2009): Im Herbst der Volksparteien. Marburg.
- Weichold, Jochen (2011): Der Höhenflug der Grünen – Eine Herausforderung für DIE LINKE? Standpunkte der RLS 02/2011. Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (2006): Mitgliederparteien am Ende? Wiesbaden.